

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Bezirksort, Marienau, den Müllengrund, Ruhlknappel und Tirschheim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags nachmittags. — Bezugspreis: 160.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 480.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstellen, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 7.— M.



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 8.— M., für auswärtige Besteller mit 10.— M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreiseitige Zeile 20.— M., für Auswärtige 24.— M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 262

Freitag, den 10. November 1922

72. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Mit der deutschen Note an die Reparationskommission und den bisher vorliegenden Sachverständigen-Gutachten beschäftigt sich am Donnerstag der wirtschafts- und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates in gemeinsamer Sitzung. Hierbei hielten die Mitglieder Stinnes und Georg Bernhard längere Reden, deren Nichtveröffentlichung einstimmig beschlossen wurde. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Aus Berlin wird gemeldet: Der gestrige Revolutionsfeiertag ist den bisher eingetroffenen Berichten zufolge überall ruhig verlaufen. Gemäß dem Beschlusse der Gewerkschaftskommission wurde in allen Betrieben gearbeitet. Zu Straßendemonstrationen ist es nicht gekommen. Am Abend fand eine große Anzahl von Versammlungen statt, in denen der 9. November als Revolutionsstag durch Vorträge und Reden gefeiert wurde.

Am Dienstag besichtigten eine Anzahl Tabakbauern der Tabakgenossenschaft Stanimala in Bulgarien Dresdener große Zigarettenfabriken. Von Dresden aus unternahmen die Herren eine Studienreise durch Deutschland.

In Auswärtigen Amt ist eine neue Note des Generals Nollet eingetroffen, die sich mit der vorläufigen Antwort der Regierung auf die früher übersandte Note über den Zwischenfall in Palau beschäftigt. Die Note fordert eine genauere Klarstellung und Unterjochung, als die Reichsregierung sie bisher gegeben hat.

Wie gemeldet wird, sind bei dem Unglück in den Gruben bei Reih in Pennsylvania 53 Personen ums Leben gekommen. Dreißig Personen, die befreit wurden, befinden sich in hoffnungslosem Zustande.

Deutsches Reich

Die deutsch-tschechischen Verhandlungen in Dresden.

Dresden. Nachdem vor einigen Tagen in den Verhandlungen, die in Dresden zwischen Vertretern der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung stattgefunden hatten, Einverständnis erzielt worden ist, sind nunmehr die Ergebnisse der Verhandlungen in einem Abkommen und einem Protokoll festgelegt worden, das am 7. November durch den deutschen Vertreter, Legationsrat Dr. Jbl, in Dresden unterzeichnet wurde. Bei den Beratungen handelt es sich u. a. auch um die Schwierigkeiten bei den privaten Versicherungsgesellschaften. Diese hatten vor dem Umsturz in der österreichisch-ungarischen Monarchie Versicherungspolice auf österreichische Kronen ausgenommen. Die vollständige Umänderung, die nach dem Umsturz auf dem Währungsgebiet eingetreten war, führte naturgemäß zu Differenzen darüber, in welcher Währung diese Police einzulösen sind. Es liegt in der Natur der Sache begründet, daß unter den jetzigen Umständen es noch nicht möglich ist, diese Frage endgültig auszutragen, da dafür nicht bloß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei zu anderen Staaten in Frage kommen. Der Wunsch der deutschen Regierung ging daher dahin, für gewisse Versicherungen bis zum endgültigen Austrag der Angelegenheit eine Einstellung der Währungsprojekte zu erzielen. Bei den in Dresden geführten Verhandlungen ist es gelungen, die Frage einer vorläufigen Lösung zuzuführen, die den Interessen beider Teile Rechnung trägt und geeignet ist, als Übergangsmassnahme einen praktischen Erfolg zu erzielen. Außerdem wurden bei dieser Gelegenheit einzelne Abmachungen über den Bezug böhmischen Hopfens, von Gerste und Ratz, die früher bereits abgeschlossen, inzwischen abgelaufen sind, erneuert und den zurzeit bestehenden Verhältnissen angepaßt. — Das Gleiche gilt hinsichtlich gewisser Vereinbarungen über den Austausch von Textilwaren, zu denen noch ergänzend eine Vereinbarung über den Stigerei-Veredelungsverkehr hinzugekommen ist. Dieser Veredelungsverkehr, der seit ein Jahrhundert bereits an der tschechisch-böhmischen Grenze besteht, ist dadurch im wesentlichen in seinem Fortbestand gesichert.

Getrennte Abstimmungen.

Getrennte Abstimmungen, für Männer und Frauen gesondert, hatten bei der diesjährigen Landtagswahl entsprechend § 33 Abs. 2 der Landeswahlordnung folgende Orte in Sachsen: Leipzig, Garndorf, Jüba, Ramenz, Laucha, Lichtenstein-Callnberg, Großsch bei Leipzig, Thella bei Leipzig, Wittweida, Liebertswald, Gröbern, Drositz, Wurzen, Ertzra, Köhlig, Schopau, Strehla bei Dösch, En-

gelsdorf, Quasitz, Markranstädt, Lohmen. Daneben scheinen nach Zeitungsmeldungen noch eine kleine Anzahl weiterer Gemeinden ebenfalls getrennte Abstimmungen vorgenommen zu haben, ohne daß sie sich die nach dem obigen Gesetz erforderliche Erlaubnis des Ministeriums eingeholt hätten. Darüber konnten wir im Augenblick Näheres nicht erfahren.

Die Frage der Regierungsumbildung.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Donnerstag Mittag zu einer Sitzung zusammen, die lediglich der Aussprache über die politische Lage diente. Im Anschluß daran lagte eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte. Auch hier handelte es sich um eine Besprechung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Den Gegenstand der Aussprache bildeten nicht so sehr die Verhandlungen der Regierung mit der Reparationskommission, die an sich ja vorläufig abgeschlossen sind, und die auch im Auswärtigen Ausschuss am Freitag zur Debatte stehen werden, als vielmehr die Frage einer Umbildung der Regierung, die auch durch den Reichsanwalt in der letzten Zeit wiederholt berührt worden ist, als er von der Notwendigkeit der Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte sprach. Man darf damit rechnen, daß diese Frage jetzt auch angesichts des bevorstehenden Wiederzusammentritts des Reichstags in Fluß kommen wird.

Falsche Gerüchte.

In der Presse waren Gerüchte verbreitet, daß Reichspräsident Ebert mehrere Rittergüter erworben haben soll. Vom Büro des Reichspräsidenten wird hierauf geantwortet, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort sei. Dieses Gerücht ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß der Reichspräsident ein kleines Holzhaus in der Nähe des Werbellinsees erworben habe, das dem jeweiligen Reichspräsidenten als Sommerwohnung zur Verfügung gestellt werden soll. Die Mittel für den Erwerb und für die Aufstellung dieses Holzhauses werden in dem demnächst den gegebenden Körper-schaften zugehenden Reichshaushaltsplan angefordert werden. — Vorstehende Mitteilung klingt sehr nach monarchistischen Zeiten!

21-tägiger Feuerkampf in Sossenheim.

Der Bericht über die schweren Ausschreitungen der farbigen Grenzwachtposten in Sossenheim, denen der dortige Einwohner Peter Nied und die Tochter des Gastwirts Kuhlmann zum Opfer fielen, zeigt, wie beinahe unvermeidlich solche Zwischenfälle sind, solange nicht Frankreich sich entschließt, die Farbigen zurückzuziehen. Bereits im Laufe des Sonntags nachmittags besand sich die aus sechs Marokkanern bestehende Sossenhheimer Wache in ständig Erregung darüber, daß sie von der Gastwirtschaft Kuhlmann kein Wein erhielt. Der Besitzer der Wirtschaft handelte hierbei entsprechend dem bekannten Befehl des Oberbefehlshabers der Rheinarmee, durch den Genuß von Bier, das ihnen verabfolgt werden darf, wurde die Erregung der Marokkaner gesteigert. Die farbigen stießen Drohungen gegen den Gastwirt aus und ließen sich auch durch einen Polizeibeamten nicht beruhigen. Ein Marokkaner unternahm vielmehr mit dem Seitengewehr einen Angriff auf diesen, wobei nur durch das Dazwischentreten Dritter ein Unglück verhütet werden konnte. Zwischen 9 und 10 Uhr abends wurde plötzlich ein heftiges Infanteriefeuer auf die Gastwirtschaft eröffnet. Die Marokkaner hatten sich zusammengetan, ihren Korporal überwältigt, Graben vor der Wirtschaft ausgehoben und aus diesen ein regelrechtes Geschütz begonnen, das 2 1/2 Stunden dauerte. Man konnte wegen des starken Feuers den Ort nicht erreichen, um Nachrichten nach Höchst gelangen zu lassen. Während dieses Feuers erhielt der völlig unbeteiligte Sossenhheimer Einwohner Peter Nied den tödlichen Schuß und die Tochter des Gastwirts wurde am Arm verwundet. Schließlich glückte es, französische Gendarmen aus Höchst heranzuholen, und dieser gelang es unter Führung deutscher Polizei, die schießenden Marokkaner festzunehmen. Selbst bei der Festnahme gab ein Marokkaner, von dem alleinig gesagt wird, daß er durchaus nüchtern war, noch einen Schuß ab, worauf er durch die französische Gendarmerie gefesselt wurde. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Sossenhheimer Einwohner verbotene Getränke an die Marokkaner nicht verabfolgt haben. Die von französischer Seite erhobene Behauptung, daß die Marokkaner von Deutschen aus Höchst Kognak erhalten hätten, ist bisher nicht erwiesen.

Die Schlemmerei der Besatzung.

Die Besatzungstruppen und ihr Anhang sind steuerfrei; die Verbrauchssteuern werden ihnen zurückvergütet. Die

Anweisungen, die sie im letzten Jahre zurückgaben, verkünden, daß wir ihnen auf den Verzehr von Wein und Tabak zu allem anderen noch 22 Millionen haben schulden müssen. Ihr Durst ist gut; sie tranken für 118 777 684 Mark Wein, in die allein 124 733 Flaschen deutschen Schaumweins einzurechnen sind. Ihr Verbrauch an Bier kostete der deutschen Staatskasse etwa 90 000 Mark, der an Zigaretten etwa 2 Millionen. Eine in dem tugendhaft alkoholfreien Amerika erscheinende Zeitschrift macht zu der Rechnung, die sie wiedergibt, die spöttische Bemerkung: „Das also zahlt Deutschland für Reger- und Halbnegertuppen, weiße Franzosen und zweifelhafte Engländer. Aber ein Teil davon entfällt auch auf unsere amerikanischen Truppen. Deutschland ist von den amerikanischen Märkten durch den Zolltarif ausgeschlossen, bekommt aber im besetzten Gebiet auch nicht einen Pfennig Steuern für die deutsche Verwaltung. Das ist die wahre Gegenseitigkeit.“

Der Zeppelin für Amerika.

Zu Friedrichshafen ist der Zeppelinluftkreuzer, der als Reparationsluftschiff der amerikanischen Marine zugeweiht worden ist, auf Kiel gelegt worden. Mit der Fertigstellung des Luftkreuzers ist kaum vor dem August des nächsten Jahres zu rechnen, da die amerikanische Regierung, die eine Sachverständigenkommission nach Deutschland geschickt hat, der Verfertigung eine Anzahl von Sonderwünschen geäußert hat. Der Luftkreuzer, der einen Rauminhalt von 7000 Kubikmeter erhalten wird, soll nach den neuesten Erfahrungen der Zeppelinwerft gebaut werden und voraussichtlich eine noch größere Geschwindigkeit erreichen, als die früher hergestellten Schwesterschiffe. Nach seiner Fertigstellung, voraussichtlich noch im nächsten Herbst, wird der Luftkreuzer, wenn die Probefahrt zur Befriedigung ausfällt, dann die Luftreise nach Amerika antreten. Es ist beabsichtigt, das Schiff zuerst nach Spanien zu steuern, wo an der Küste eine Zwischenlandung vorgenommen wird, um die Brennstoffvorräte zu ergänzen. Von dort soll dann der Ocean überflogen werden und der Zeppelin entweder auf dem Landwege oder an der Küste entlang nach einem nördlichen Hafen Amerikas überführt werden. Während der Ueberfahrt wird eine amerikanische Kommission sich an Bord des Luftschiffes befinden, um Erfahrungen für die Bedienung des Schiffes zu sammeln. Man rechnet damit, daß das Schiff von Friedrichshafen bis zur amerikanischen Küste etwa 70 Stunden Fahrzeit benötigen wird.

Gehalts- und Lohnentwicklung nach dem Kriege.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bringt in ihrer letzten Nummer eine lehrreiche Zusammenfassung über die Verhältnisse der Einkommensverhältnisse der Arbeiter und Beamten. Diese stellten sich, auf den gleichen Nenner gebracht, folgendermaßen:

	Ende 1913	September 1922
Ungelernte Arbeiter	100	100
Angelernte	131	101
Gelernte	144	105
Untere Beamte	158	114
Mittlere	337	147
Höhere	569	190

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeitergruppen sind, sehr zum Nachteil der Produktion, fast gänzlich verschwunden. Ebenso sind die Beamtengruppen kein Anreiz mehr, um Zeit und Kosten für die Fort- und Ausbildung zu verwenden. Die mittleren Beamtengruppen beziehen heute kaum das Eineinhalbfache des Lohnes der ungelerten Arbeiter, gegenüber dem Dreieinhalbfachen im Frieden; die höheren Beamtengruppen, die vor dem Kriege mehr als das Fünfeinhalbfache Einkommen des ungelerten Arbeiters hatten, beziehen das 1,9fache dieses Einkommens.

Nur um zu lachen.

In einem Aufsatz „Momentaufnahmen in der Schweiz“ von Dr. Otto Geiger lesen wir in der „Nöln, Volksztg.“: „Ich bin im Uhrenstädtchen St. Imier, unweit der französischen Grenze, im Gespräch mit einem Herrn, der nur gebrochen Deutsch redet und kein Arien immer in Französisch zubringt. „Ich reise nicht nach Deutschland“, sagt er. — „Warum nicht?“ — „Ich kann es mit meinem Gewissen nicht verantworten.“ — „Was denn?“ — „Für ein Teufelsgeld mit dem Schnellzug durch ganz Deutschland zu fahren.“ — „Ja, was sollen wir machen?“ — „Berechnen Sie uns Schweizer und anderen valuttastarken Ländern doch einen Valutazuschlag in annehmbarer Form.“ — „Wird das sein

angeworben, daß in
ntlassungen von Kr
ter Frillen erfolgen
scheidenden ein an
iese Anordnung, die
in Geltung bleibt
mehr als 20 Kr-
Behörde Anzeige zu
lich vermindern will.
schaft beziehungsweise
20 bis 200 Arbeit-
mit höherer Beschäft-
mindestens 50 Be-
beitgeber darf diese
ersten vier Wochen
licher Genehmigung
den Gründen auch
it nach Ablauf die-
entlichen Betriebs-
eigert werden, wenn
s Betriebes, insbe-
eine Wirtschaftlichkeit
heit durch Verfür-
der Arbeit zu ver-
Man erhofft durch
ver beiden früheren
abbrüche und Still-
ung von Arbeitern
en Demobilisierung
vom 12. Februar
rückgangs eine Ver-
von Arbeitern beim
Arbeitslosigkeit. Der
Verordnungen ver-
für die Betriebe
ur Arbeitslosigkeit
wendig ist, um den
ung vor allen gro-

Callnberg.

meinde-Vertretung:
mit ansichtendec

et.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.

etela.